Ressort: Politik

Bundesregierung fordert von Ungarn Bewahrung des Rechtsstaats

Berlin/Budapest, 04.03.2013, 18:37 Uhr

GDN - Vor einem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán diese Woche fordert Berlin von der nationalkonservativen Regierung in Budapest die Bewahrung des Rechtsstaates. In einem Beitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Dienstagsausgabe) kritisiert der Staatsminister im Auswärtigen Amt und FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Link die Bestrebungen der ungarischen Regierung, die Befugnisse des Verfassungsgerichts stark einzuschränken.

Link schreibt, er wünsche sich, dass "Ungarn weiter unter Beweis stellt, dass es über wirksame, auf Gewaltenteilung beruhenden Kontrollmechanismen verfügt". Der Rechtsstaat müsse sich "ohne Wenn und Aber entfalten können". Die ungarische Regierung solle die Zweidrittelmehrheit, auf die sie sich im Parlament stützt, mit "Augenmaß" nutzen und gegenüber der rechtsextremen Partei "Jobbik" auf die Gemeinsamkeit der Demokraten setzen. Die Bundeskanzlerin kommt am Mittwoch in Warschau bei einem Treffen der "Visegrad-Gruppe", zu der sich Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei Anfang der neunziger Jahre zusammengeschlossen haben, mit Ministerpräsident Orbán zusammen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-9169/bundesregierung-fordert-von-ungarn-bewahrung-des-rechtsstaats.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619